

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1884

der Abgeordneten Margitta Mächtig und Dr. Michael Luthardt, Fraktion DIE LINKE
Axel Vogel, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Gregor Beyer, FDP-Fraktion
Drucksache Nr. 5/4826

Standorte der Landesbehörden in Brandenburg

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 1884 vom 28.02.2012:

Das Land Brandenburg hat sich beim Aufbau seiner Verwaltungen vom Prinzip der dezentralen Konzentration leiten lassen. Für die Ansiedlung der Landesverwaltungen haben auch die Kommunen ihren Beitrag zum Aufbau der dafür erforderlichen Infrastruktur geleistet. Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung des Landes werden Landesbehörden auf den Prüfstand gestellt und aus Sicht des Landes optimiert. Nunmehr vollzieht sich ein Zentralisationsprozess der Landesverwaltungen in Folge dessen Behörden in die Landeshauptstadt Potsdam umziehen. Davon sind auch die Behördenstandorte Eberswalde und Bernau betroffen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bezieht die Landesregierung die Kommunalen Spitzenverbände und die betroffenen Kommunen in die Überlegungen zum Rückbau der Landesbehörden aus der Fläche ein?
2. Wie viele Beschäftigte von nachgeordneten Landeseinrichtungen arbeiteten 1999, 2005 und 2010 in der Stadt Potsdam und wie viele im Rest des Landes? Wie viele davon in den Städten Bernau und Eberswalde?
3. Welchen Veränderungen sind im Rahmen der weiteren Verwaltungsmodernisierung der Landeseinrichtungen in den Städten Bernau und Eberswalde
 - a) in den nächsten 5 Jahren und
 - b) in einer langfristigen Planungsbetrachtung geplant?
4. Beabsichtigt die Landesregierung die betroffenen Kommunen zu unterstützen, wenn ja wie?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Die Landesverwaltung Brandenburg unterliegt seit etwa Mitte der 90er Jahre aufgrund der sich ändernden Rahmenbedingungen einem gravierenden

Datum des Eingangs: 26.04.2012 / Ausgegeben: 02.05.2012

Änderungsprozess. Aspekte wie Funktionalreform (u. a. Katasterämter und Untere Wasserbehörden), die langfristige Haushaltsentwicklung (u. a. Auslaufen der SoBeZ), die demografische Entwicklung (u. a. regional stark abweichende Entwicklungen Einwohnerzahl, Schülerzahl mit direkter Auswirkung auf Lehrerzahlen etc.) und eine permanente Aufgabenentwicklung (Wegfall und Aufwuchs von Aufgabenstellungen, veränderte Schwerpunkte und Prioritätensetzungen) haben in der Landesverwaltung u. a. zu einem Abbau von über 17.000 Stellen im Zeitraum seit dem Jahr 2000 geführt. Diese Kapazitätsreduzierung war nur im Rahmen von erheblichen organisatorischen und infrastrukturellen Bündelungen in der Landesverwaltung möglich.

Frage 1: Wie bezieht die Landesregierung die Kommunalen Spitzenverbände und die betroffenen Kommunen in die Überlegungen zum Rückbau der Landesbehörden aus der Fläche ein?

Frage 4: Beabsichtigt die Landesregierung die betroffenen Kommunen zu unterstützen, wenn ja wie?

zu Fragen 1 und 4: Die Landesregierung wird trotz der geplanten Stellen- und Personalanpassungen in den nächsten Jahren eine flächendeckende Verwaltung des Landes gewährleisten. Ein Rückzug der Landesverwaltung aus der Fläche findet in Brandenburg nicht statt. Zu erwarten ist aber eine Konzentration an Hauptstandorten in der Fläche. Dort, wo es aufgrund der sich ändernden Rahmenbedingungen (Haushalt, Demografie, Aufgaben, Technik) zur Zentralisierung von Verwaltungsleistungen und damit zu Standortverlagerungen kommt, werden die Kommunalen Spitzenverbände und Kommunen in den Diskussionsprozess eingebunden. Dies bezieht sich auch auf den Prozess der Funktionalreform. Im Landtag beschäftigt sich seit Mai 2011 die Enquete-Kommission „Kommunal- und Landesverwaltung - bürgernah, effektiv und zukunftsfest - Brandenburg 2020“ intensiv mit den Verwaltungsstrukturen im Land Brandenburg. Auch dort findet ein enger Gesprächs- und Informationsaustausch zwischen Vertretern der Politik und der Landes- und Kommunalverwaltungen unter Einbeziehung von Kommunalen Spitzenverbänden, Wissenschaftlern und Experten darüber statt, wie die Servicequalität und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung des Landes und seiner Kommunen unter den sich ändernden Rahmenbedingungen weiter erhöht und bürgernah gewährleistet werden kann. Dieser Gesprächs- und Informationsaustausch enthält auch Überlegungen, wie Kommunen, die von Strukturreformen der Landesverwaltung betroffen sind, unterstützt werden können.

Frage 2: Wie viele Beschäftigte von nachgeordneten Landeseinrichtungen arbeiteten 1999, 2005 und 2010 in der Stadt Potsdam und wie viele im Rest des Landes? Wie viele davon in den Städten Bernau und Eberswalde?

zu Frage 2: Die Anzahl der in den Städten Potsdam, Bernau, Eberswalde sowie der im Rest des Landes tätigen Beschäftigten von nachgeordneten Landeseinrichtungen sind für die Jahre 2005 und 2010 nachfolgender Tabelle zu entnehmen. Als Stichtag wurde jeweils der 1. Januar gewählt.

Vorbemerkung: Für das Jahr 1999 ist eine aussagekräftige Übersicht nicht möglich, da eine Datenerhebung für mehrere große Aufgaben- und Personalblöcke mit vertretbarem Aufwand nicht realisiert werden konnte und der vorhandene Datenbestand

keinen belastbaren gehaltvollen Vergleich zu den Jahren 2005 und 2010 zulässt. Bei der Betrachtung des Datenbestandes für die Jahre 2005 und 2010 ist zu berücksichtigen, dass die gewünschten Daten durch Ressortneuzuschneitte sowie die Neugründung von nachgeordneten Landeseinrichtungen zwischen 2005 und 2010 (z. B. im Geschäftsbereich des heutigen Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft) nicht lückenlos erhoben werden konnten. Unberücksichtigt blieben - zum Teil - folgende nachgeordnete Landeseinrichtungen, Arbeitsbereiche und Dienststellen des Landes:

- Landesamt bzw. Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (wurde erst am 1. Januar 2009 aufgelöst, heute: Zentraler IT-Dienstleister des Landes Brandenburg)
- Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung (wurde erst am 16. Juli 2010 aufgelöst, heute: Landesamt für Landwirtschaft, Ländliche Entwicklung und Flurneuordnung und Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz)
- Ämter für Forstwirtschaft des Landes Brandenburg und die Landesforstanstalt Eberswalde (wurden jeweils erst am 1. Januar 2009 aufgelöst)
- Bereich Straßenwesen (seit dem 1. Januar 2005 erst im Landesbetrieb Straßenwesen angesiedelt)
- Gesundheit und Verbraucherschutz (seit dem 16. Juli 2010 erst im Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz angesiedelt)
- Gerichte und Soziale Dienste der Justiz.

Auch die Anzahl der zum jeweiligen Stichtag beschäftigten Lehrer ist nicht Bestandteil der Tabelle.

| | 2005 | 2010 |
|------------------|-------|-------|
| Potsdam | 5306 | 5492 |
| Eberswalde | 1226 | 1372 |
| Bernau | 418 | 403 |
| Rest Brandenburg | 21559 | 22077 |

Frage 3: Welchen Veränderungen sind im Rahmen der weiteren Verwaltungsmodernisierung der Landeseinrichtungen in den Städten Bernau und Eberswalde

a) in den nächsten 5 Jahren und

b) in einer langfristigen Planungsbetrachtung geplant?

zu Frage 3: In großen Teilen der Landesverwaltung (z. B. Polizei, Forstverwaltung) erfolgt in den kommenden Jahren ein schrittweiser Stellenabbau, der sich auch auf die Organisationsstrukturen auswirkt. Ebenso wird der Prozess der Funktionalreform (u. a. Verlagerung von Verwaltungsaufgaben vom Land auf die Landkreise) mit möglichen Standortbetroffenheiten in den nächsten Jahren fortgesetzt. Inwieweit Landeseinrichtungen in den Städten Bernau und Eberswalde von den laufenden Aktivitäten (Enquetekommission 5/2 und Reformprojekte der Landesverwaltung gemäß Liste vom 14. November 2011), der Verwaltungsmodernisierung in Brandenburg betroffen sind, kann derzeit nicht ausgesagt werden. Der Meinungsbildungsprozess in der Landesregierung hierzu ist noch nicht abgeschlossen.